



HESSISCHER LANDTAG

10. 02. 2004

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

betreffend Umkehr in der hessischen Wirtschaftspolitik – Schluss mit der Fixierung auf Großprojekte, ran an die eigentlichen Probleme

Hessen weist zurzeit im Vergleich zu allen anderen Bundesländern den höchsten Zuwachs an Arbeitslosen auf. Im Januar 2004 waren in Hessen 6 v.H. mehr Menschen arbeitslos als im Jahr zuvor, während die Arbeitslosigkeit in Deutschland insgesamt im gleichen Zeitraum um 0,6 v.H. sank. Diese ersten Arbeitsmarktzahlen des neuen Jahres setzen die traurige Entwicklung des letzten Jahres fort. Hessen unter Roland Koch ist nicht mehr Spitze in der wirtschaftlichen Entwicklung, sondern Spitze beim Zuwachs der Arbeitslosigkeit.

Die einseitige Fixierung auf Großprojekte wie den Ausbau der Flughäfen Frankfurt und Kassel-Calden sowie schlagzeilenträchtige Verkehrsprojekte wie den Transrapid hat der Landesregierung den Blick auf die eigentlichen ökonomischen Probleme Hessens verstellt. Der Bankensektor in Frankfurt am Main ist einem ebenso dramatischen Wandlungsprozess unterworfen wie die chemische und pharmazeutische Industrie des Rhein-Main-Ballungsraums. Hierauf muss die Wirtschaftspolitik reagieren. Hessen braucht ein wirksames Standortmarketing mit eigenen Profilen für die Regionen Nordhessen, Mittelhessen, Rhein-Main und Starkenburg. Stattdessen behindert die Landesregierung die dringend notwendige Reform der Regionalstruktur insbesondere im Ballungsraum Rhein-Main durch ihr stures Festhalten an gesetzlichen Regelungen, die völlig untauglich sind, die bestehenden Probleme zu lösen. Es ist Zeit für eine Wirtschaftspolitik, die sich wieder mehr um die eigentlichen Probleme des Landes als um die Schlagzeilen für Großprojekte kümmert.

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass – nachdem mit der Operation "düstere Zukunft" die IBH, FEH und anderen Landesinstitutionen zufließenden Mittel zur Wirtschaftsförderung drastisch gekürzt wurden – die hessische Wirtschaft und insbesondere der Mittelstand mehr denn je darauf angewiesen sind, auch weiterhin verlässliche Förderstrukturen vorzufinden. Die Landesregierung wird deshalb aufgefordert, umgehend ein neues Förderkonzept zu erarbeiten, das die verschiedenen Förderbereiche sinnvoll bündelt und damit dem aktuellen Arbeitsplatzabbau in Hessen entgegenwirkt.
2. Der Landtag stellt fest, dass die Ausbildungspolitik der Landesregierung gescheitert ist. Die Ankündigung des Ministerpräsidenten, für 10.000 neue Ausbildungsplätze sorgen zu wollen, ist im Sande verlaufen. Die zusammen mit den hessischen Unternehmern durchgeführten Werbemaßnahmen haben nur unzureichende Ergebnisse erbracht. Die neuen Praktikumsplätze innerhalb der Landesverwaltung finden kaum Resonanz, da sie nicht mit einer Option auf einen Ausbildungsplatz verknüpft sind. Der Landtag fordert die Landesregierung deshalb auf, ihre Ausbildungspolitik vollkommen neu auszurichten und ihren Widerstand gegen eine Ausbildungsplatzumlage aufzugeben.

3. Der Landtag stellt fest, dass Hessen eine aktive Wirtschaftspolitik zur Förderung von innovativen Technologien im Umweltbereich braucht. Schwerpunkte müssen dabei Energieeffizienz, regenerative Energien und Klimaschutz sein.
4. Der Landtag stellt fest, dass die Rahmenbedingungen der öffentlich-rechtlichen Banken starken Veränderungen unterworfen sind – einerseits durch europäische Regelungen und andererseits durch sich rasant weiterentwickelnde Kapitalmärkte. Die beabsichtigte Novellierung des hessischen Sparkassengesetzes muss auf diese Wandlungen eine angemessene Antwort geben. Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag endlich ihre Vorstellungen zur Veränderung des Sparkassengesetzes zu präsentieren und diese mit dem Verbundkonzept der Sparkassenorganisation abzustimmen.
5. Der Landtag stellt fest, dass die Landesregierung durch drastische Mittelkürzungen bei der Wohnungsbauförderung sowie durch Kauf und Verkauf verschiedener Beteiligungen an Wohnungsbaugesellschaften für Stillstand und Verwirrung sorgt. Die Landesregierung wird aufgefordert, der hessischen Wohnungswirtschaft und der heimischen Bauwirtschaft sowie nicht zuletzt den Mieterinnen und Mietern wieder klare Perspektiven zu geben und ein langfristig angelegtes Entwicklungskonzept für die hessische Wohnungsbauförderung vorzulegen.
6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, das durch die Vorfestlegung auf die Landebahn Nord-West nicht mehr transparente und ergebnisoffene Planfeststellungsverfahren einzustellen und im Landesentwicklungsplan eine Entwicklung des Flughafens Frankfurt innerhalb des bestehenden Areals festzulegen. Weiterhin fordert er die Landesregierung auf, sich nachdrücklich für ein deutlich verbessertes Angebot auf der fertig gestellten ICE-Strecke zwischen den Flughäfen Frankfurt und Köln/Bonn einzusetzen sowie den Ausbau einer schnellen Schienenverbindung zwischen den Flughäfen Frankfurt und Hahn zu betreiben.
7. Der Landtag stellt fest, dass die Landesregierung durch ihr Festhalten an den unrealistischen Neubauplänen für den Flugplatz Kassel-Calden seine dringend notwendige Sanierung mutwillig verzögert hat. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Neubaupläne nicht weiterzuverfolgen und die eingesparten Mittel für ein "Strukturförderprogramm Nordhessen" einzusetzen.
8. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, das hessische ÖPNV-Gesetz aus dem Jahr 1996 zu novellieren, um die Attraktivität des ÖPNV als wichtigen Standortfaktor zu stärken. Der Landtag fordert insbesondere, die inzwischen vorhandenen Möglichkeiten des Qualitätswettbewerbs intensiver zu nutzen. Die Vorgaben des ÖPNV-Gesetzes müssen dazu führen, dass durch die Ausschreibung von Verkehrsleistungen ein zuverlässiges und attraktives Angebot zu günstigen Konditionen erreicht wird.
9. Der Landtag stellt fest, dass durch das Ballungsraumgesetz die Entwicklung der Rhein-Main-Region behindert wird. Er fordert deshalb die Landesregierung auf, die dringend notwendige Regionalreform für die Rhein-Main-Region, aber auch für ganz Hessen nicht länger zu blockieren, sondern die notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen.
10. Die Landesregierung wird aufgefordert, ein die spezifischen Stärken der Regionen Nordhessen, Mittelhessen, Rhein-Main und Starkenburg berücksichtigendes Konzept für ein wirksames Standortmarketing vorzulegen.

Wiesbaden, 10. Februar 2004

Der Fraktionsvorsitzende:
Tarek Al-Wazir